

Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am kommenden Freitag, den 26. April, empfangen Sie den Präsidenten Aserbaidschans, Ilham Alijew, in Berlin. Gegen diesen reichte vor wenigen Tagen die Menschenrechtsorganisation „Center for Truth and Justice“ eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag ein. Auf über 100 Seiten belegen die Menschenrechtler, dass das Handeln des Alijew-Regimes die Voraussetzungen erfüllt, um es als Völkermord zu qualifizieren. Das Dokument mit dem Titel „The Planning, inciting, ordering, instigating, and implementation of Genocide by President Ilham Aliyev and other high ranking officials“ wurde als eine Kommunikation nach Artikel 15 beim IStGH eingereicht.

Dr. Luis Moreno Ocampo, der erste Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (2003-2012), unterstützt diese Anklage wegen Völkermordes. Moreno Ocampo ist zeitgleich mit Ilham Alijew in Deutschland, um Medien und Öffentlichkeit sowie die politisch Verantwortlichen hierzulande über die Völkermordverbrechen des diktatorischen Regimes in Aserbaidschan aufzuklären. Leider haben Sie die frühzeitigen Warnungen vor Völkermord, unter anderem von Luis Moreno Ocampo und den hier unterzeichnenden Organisationen, im vergangenen Jahr ignoriert. Wir ersuchen Sie eindringlich, die Augen nicht weiter zu verschließen und dieses Verbrechen Ihrem Staatsgast aus Aserbaidschan gegenüber beim Namen zu nennen und öffentlich zu verurteilen. Weiter bitten wir darum, dass Sie im Gespräch mit Ilham Alijew folgende Punkte ansprechen:

- Kündigen Sie Ilham Alijew empfindliche Sanktionen an, sollte Aserbaidschan wieder armenisches Territorium angreifen!
- Fordern Sie die Freilassung aller politischen Gefangenen aus Arzach/Bergkarabach, die widerrechtlich von Aserbaidschan festgehalten werden! Die Gefangenen dürfen nicht der aserbaidischen Gerichtsbarkeit unterzogen werden, da ein rechtsstaatliches Verfahren nicht gewährleistet ist.
- Setzen Sie sich für die 100.800 aus Arzach/Bergkarabach vertriebenen Armenier ein! Sie haben ein Recht auf Rückkehr. Fordern Sie bitte, dass diese Menschen in garantierter Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung zurückkehren können! In einem ersten Schritt muss Aserbaidschan den Menschen ermöglichen, dass diese sicher dorthin reisen, dort ihr Friedhöfe und Immobilien pflegen können.
- Fordern Sie bitte ein Ende der armenophoben Bildungs- und Kulturpolitik. Denn dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass beide Zivilgesellschaften Schritte aufeinander zu machen, die Vergangenheit gemeinsam und (selbst)kritisch aufarbeiten und den Hass überwinden.

Unterzeichner:

Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD)

Arbeitsgruppe Anerkennung, Gegen Genozid für Völkerverständigung (AGA)

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)